

Zeitschrift der Union Europäischer Föderalisten (UEF), des Bundes Europäischer Jugend (BEJ) Oberösterreichs und des Europahauses Linz, Ausgabe 2014; € 1,- ; 4010 Linz, Postfach 384



Foto: Das Europa-Friedenskreuz Letterspitze

## Die EU vor und nach 2014: Krisenhafte Entwicklung und deren Überwindung.

*Das Kamingespräch 2014 im Bildungszentrum St. Magdalena bei Linz war am 16. November auf die Krisen in Europa ausgerichtet.*

Durch die aktuelle Finanzkrise in der EU wurden andere grundlegende Krisenlagen akut, die man durch den Vertrag von Lissabon schon überwunden geglaubt hatte.

Prof. Hummer skizzierte sechs Krisenszenarien, die hier in verkürzter Form wiedergegeben werden:

(1) Die *Demokratie- und Legitimationskrise* zeigt, dass der heutigen EU, staatsrechtlich gesehen, ein gewisses strukturelles und institutionelles Demokratie- und damit auch Legitimationsdefizit innewohnt. Die Verbundsgewalt der EU ist nicht nur nicht gewaltenteilend organisiert sondern – „horribile dictu“ aus demokratiepolitischer Sicht – im Bereich der Legislative auch nach wie vor gewaltenkumulierend ausgestaltet. Der exekutiv rekrutierte Rat ist das Hauptrechtsetzungsorgan, wengleich sowohl im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren (Art. 294 AEUV), als auch – etwas differenziert – in den besonderen Gesetzgebungsverfahren (Art. 289 Abs. 2 AEUV), das Europäische Parlament an der Rechtssetzung gleichberechtigt beteiligt ist.

(2) Die bloß indirekte Legitimation des Rates durch die nationalen Parlamente kann dieses *demokratiepolitische „Strukturdefizit“* nicht sanieren, ebenso wenig wie die durch den Vertrag von Lissabon in die Verträge aufgenommenen (programmati-

schen) Bestimmungen über die demokratischen Grundsätze, wie die Grundsätze der repräsentativen Demokratie (Art. 10 EUV), der partizipativen Demokratie (Art. 11 EUV) sowie der verstärkten Partizipation der nationalen Parlamente an den Aktivitäten der EU (Art. 12 EUV). Die EU entspricht nicht ganz als gewaltenvermengendes System mit einer entsprechenden „Exekutivlastigkeit“ den staatsrechtlich geprägten Modellvorstellungen von Demokratie und Legitimität.

(3) In der offenkundigen *Orientierungskrise*, die zugleich als *tiefgreifende Vertrauens-, Sinn- und Akzeptanzkrise* erscheint, wird zunehmend fraglich, ob die traditionelle Konsenskultur in der EU nicht an eine Grenze stößt. Ob es sich bei der gegenwärtigen krisenhaften Entwicklung in der EU nur um eine weitere der vielen „Normalkrisen“ im Zuge der europäischen Integration oder nicht doch um eine qualitativ andere Krise handelt, die eine „beunruhigend neue Qualität hat und eher destruktive Wirkungen zu entfalten droht, da sie mehr als sonst tiefergehende, existentielle Probleme aufwirft. Auffällig ist die verbreitete Ratlosigkeit, das Fehlen einer allgemeinen Orientierung, die Erschütterung von Grundvertrauen, die Frage nach dem Sinn der europäischen Integration. (Bei der Behebung der

... Fortsetzung auf Seite 2

# Die EU vor und nach 2014. Krisenhafte Entwicklung und deren Überwindung.

## ... Fortsetzung von Seite 1

Schuldenkrise einzelner Mitgliedstaaten des Euro-Raumes sowie bei der Stabilisierung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) wird schon allein daraus ersichtlich, dass die Expertise führender Nationalökonomen, die in diesen Fragen eigentlich eine Orientierungshilfe geben sollte, völlig kontrovers ausfällt)

Hinter der Orientierungslosigkeit macht sich aber fataleweise eine noch viel größere Gefahr breit, nämlich der aufkommende Nationalismus, der sich im Zuge der Versuche zur Bewältigung der Finanzkrise immer stärker bemerkbar macht.

### (4) Vertrauens- und Akzeptanzkrise

Im Gegensatz zum „step-by-step“-approach in den ersten Jahrzehnten der europäischen Integration, der sich hervorragend bewährt hatte, versuchte die EU nach dem Untergang des Ostblocks 1989/90 nicht nur eine schnellere Gangart einzuschlagen, sondern auch größere Projekte in Angriff zu nehmen, ohne dabei aber deren konkrete Auswirkungen vorab genau geprüft zu haben. Sowohl die forcierte Osterweiterung, als auch die Einführung einer Wirtschafts- und Währungsunion – die im Grunde eine bloße Währungsunion ohne eine parallele Wirtschaftsunion dazu darstellte und aufgrund dieser Asymmetrie auch in Schieflage geriet – und der ambitionierte Plan der Ausarbeitung einer politischen Verfassung für Europa zeigten aber die Grenzen der politischen Umsetzbarkeit dieser ambitionierten Konzeptionen auf.

### (5) Wertekrise

Die Europäische Union fußt auf gemeinsamen Werten, die – beginnend mit dem Vertrag von Amsterdam (1997) – als „Verfassungsgrundsätze“ sukzessive in die Verträge Eingang fanden. Durch den Vertrag von Lissabon wurden in Art. 2 EUV diesbezüglich folgende Werte verankert: Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit sowie Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese gemeinsame Werteplattform wird neuerdings von einigen Mitgliedstaaten (Vereinigtes Königreich, Polen, Irland, Tschechische Republik) hinterfragt und in ihren Auswirkungen auf ihre nationalen Rechtsordnungen durch eigene primärrangige (Ausnahme-)Protokolle zu immunisieren versucht.

Den gegenwärtig wohl gravierendsten Verstoß gegen die gemeinsame Werteplattform des Art. 2 EUV leistete sich die Regierung Orban II in Ungarn, die unter Ausnutzung ihrer Drei-Viertel-Mehrheit im ungarischen Parlament mehrere (Verfassungs-)Gesetze angeregt hat, die eindeutig bestehendem Unionsrecht widersprechen. Trotzdem haben sich die gemäß Artikel 7 Absatz 1 EUV dafür Antragsberechtigten, nämlich ein Drittel der Mitgliedstaaten, das Europäische Parlament oder die Kommission, bisher nicht dazu bereit gefunden, gegen

die ungarische Regierung das längst fällige „Frühwarnsystem“ des Sanktions-Artikels 7 EUV einzuleiten, um dadurch festzustellen, dass „die eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung“ der in Art. 2 EUV verankerten Grundwerte besteht.

### (6) Institutionen- und Methodenkrise

Institutionenreform und Rückdelegation von Kompetenzen: Die eindeutig wichtigste Krisenlage, die nach einer grundlegenden Reform in der EU verlangt, ist aber die des institutionell-prozeduralen Systems. Zur Bewältigung der Finanzkrise führte der massiv zunehmende Intergouvernementalismus dazu, die supranationale „Gemeinschaftsmethode“ zu unterlaufen und eine de facto-Renationalisierung herbeizuführen. So forderte der britische Premier David Cameron in einer Rede am 23. Jänner 2013, dass die EU dringend einer grundlegenden institutionell-prozeduralen Revision unterzogen werden müsse, da er ansonsten im Falle seiner Wiederwahl im Jahre 2015 spätestens im Jahre 2017 eine Volksabstimmung über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU ansetzen werde. Dazu droht Cameron mit einer Aufkündigung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), um damit illegale Migranten und Kriminelle leichter abschieben zu können.

Prof. Hummer sieht als Rettungsanker die „Jean-Monnet-Methode“, die den gesamten Integrationsprozess so determiniert:

Der Weg ist das Ziel: Gemäß dieser genial konzipierten Methode verläuft der Integrationsprozess nicht nur

(a) in Form eines „step-by-step“-Approach, sondern es ist ihm auch

(b) weder eine Finalität noch eine Befristung vorgegeben.

Der „Schritt-für-Schritt“-Ansatz bedeutet, dass der Prozess der europäischen Integration keiner vorgegebenen Methode und Geschwindigkeit folgt, sondern genau in dem Tempo verläuft, das aufgrund der politischen Situation in den jeweiligen Mitgliedstaaten – als „Herren der Verträge“ – möglich ist. Besteht diesbezüglich massive Widerstände, dann wird der Integrationsprozess nicht nur verlangsamt, sondern kann durchaus auch einmal zum Stillstand kommen bzw. sich sogar in gewissem Maß „rückabwickeln“. Gemäß dem durch den Vertrag von Lissabon in Art. 50 EUV erstmals vorgesehenen Recht auf Austritt kann es dabei sogar zum (freiwilligen) Verlassen eines oder einiger Mitgliedstaaten der EU kommen.

Die fehlende Finalität und Befristung für die Errei-

... Fortsetzung auf Seite 3

Die Überwindung der Krise der EU.  
DDDr. Waldemar Hummer,  
emer. Universitätsprofessor  
für Völker- und Europarecht



Der em. Univ. Prof. DDDr. Waldemar Hummer (Institut für Europarecht und Völkerrecht der Universität Innsbruck - im Bild rechts) brachte es auf den Punkt, wenn er sinngemäß sagte:

„Während in den letzten Jahren die gesamte Aufmerksamkeit auf die Behebung der 2008 ausgebrochene Finanzkrise mit ihren vielfachen Facetten gerichtet war, ist der europäischen Öffentlichkeit völlig entgangen, dass das wirtschaftliche Krisenszenario bei weitem nicht die einzige Herausforderung darstellt, die die EU zu bewältigen hat.“

chung des vorgegebenen Ziels wiederum bedeutet, dass der Prozess der europäischen Integration an sich nicht scheitern kann. Gescheitert wäre er nur dann, wenn er ein sich selbst gesetztes Ziel nicht zum vorgegebenen Zeitpunkt erreichen würde. Da die Gründungsverträge der Europäischen Gemeinschaften bzw. der Europäischen Union aber weder ein Ziel noch ein fixes Datum zur Erreichung desselben postuliert haben, kann der Integrationsprozess an sich nicht scheitern – außer die Mitgliedstaaten entschließen sich zu

einem völligen „contrarius actus“ und resindieren die Verträge. Damit wurde der klassische Beweis dafür erbracht, dass es kontraproduktiv und gefährlich ist, in einem laufenden Integrationsprozess, der von den Unwägbarkeiten innen- und außenpolitischer Vorgänge in den einzelnen Mitgliedstaaten abhängig ist, Fristen zur Erreichung von (Zwischen-)Zielen zu setzen. Werden diese Ziele in der vorgegebenen Zeit nämlich nicht erreicht, dann kann von einem Scheitern der Integration gesprochen werden. Gerade diese Problematik wollte Jean Monnet mit seiner „Methode der kleinen Schritte“ in Richtung auf ein nicht exakt vorgegebenes, offenes Integrationsziel hin vermeiden. Die „Jean Monnet Methode“ kennt daher an sich kein Ziel sondern folgt der altbekannten Parömie: „Der Weg ist das Ziel“.

## Gemeinsame Landesvorstandssitzung der Europäischen Föderalistischen Bewegung (EFB) und des Bundes Europäischer Jugend (BEJ) OÖ. und des Europahauses Linz.

Am 15. November 2014 fand im Bildungszentrum St. Magdalena b. Linz eine gemeinsame Landesvorstandssitzung der Europäischen Föderalistischen Bewegung (EFB) Oberösterreichs und des Bundes Europäischer Jugend (BEJ) unter dem Vorsitz des gf. Landesobmannes der EFB OÖ. Dr. Franz Seibert statt, an der Wirtschaftskammerpräsident Dr. Christoph Leitl teilnahm. Leitl würdigte die mühevolle Arbeit der drei Organisationen für Europa und dankte für die erbrachte Leistung in schwierigen Zeiten. „Wer die Geschichte Europas

kennt, der weiß, dass diese geradezu von Krisen gekennzeichnet ist. Wir müssen die aktuellen Krisen so wie in der Vergangenheit als Chance für den Fortschritt begreifen“, so Leitl.

An der Sitzung nahmen u. a. auch der Ehrenpräsident der UEF/EFB Österr. Max Wratschko und der Präsident der UEF/EFB Österr. BM.a.D. Dr. Friedhelm Frischenschlager und der Generalsekretär der UEF/EFB Österr. Mag. Daniel Gerer teil.

Leitl (mi.) zeigte sich auch über das erfolgreiche, seit 2008 laufende, von der WKÖ initiierte Informationsprojekt „Europaschirm“ sehr erfreut, welches mit einer EU-Auszeichnung vom Wirtschafts- und Sozialausschuss als Vorzeigeprojekte der Zivilgesellschaft mit dem Stockerl - Platz 3 dieses Jahr ausgezeichnet wurde.

Der Europaschirm war auch diesmal mit Mag. Karl-Heinz Wanker am 15. November 2014 in St. Magdalena in Aktion, um die Teilnehmer/innen zu informieren. Dr. Franz Kremaier (4 v. re.) und Konsulent Josef Bauernberger (2 v. re.) gratulierten dazu herzlich.

„Es geht uns nicht um Jubelmeldungen, sondern um sachliche Information und das Zurechtrücken von Falschmeldungen“, so Leitl.



# Europakreuz der HTL Wels als Symbol des Friedens und der Versöhnung im EU-Parlament

Am 9. Oktober 2014 haben die österreichischen MEP Karas, Lunacek, Rübig und Weidenholzer ein von Schülern der HTL Wels mitgestaltetes „Europakreuz“ im EU-Parlament aufgestellt. Bisher gab es kein Kreuz im öffentlichen Raum der EU-Institution.

Das Europakreuz im EP ist eine verkleinerte Replik des fünf Meter hohen Kreuzes, das seit 2006 am Alberfeldkogel/Feuerkogel bei Ebensee steht. Es soll nicht trennen, sondern Menschen zusammenführen. Das war, ist und bleibt auch der tiefere Sinn des europäischen Einigungsprojekts. Gleichzeitig ist das Kreuz auch als Glaubenssymbol ein Zeichen des Friedens der Mehrheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger.

Das aus 28 kreisförmig geöffneten Metallwürfeln zusammengebaute Kreuz ist 1,30m hoch und enthält in jedem Würfel jeweils einen Stein aus einem EU-Mitgliedsstaat. So enthält es z.B. unter anderem einen Stein aus dem Wiener Stephansdom, einen Stein aus der Erde unter dem Brüsseler Atomium, ein Stück italienischen Carrara-Marmor und einen Betonbrocken aus der ehemaligen Berliner Mauer.

Die Symbolik des Europakreuzes aus zusammengebauten, geöffneten Würfeln, die die einzelnen EU-Mitgliedstaaten repräsentieren, stellt die Stabilität des Bauwerkes Europa dar. Jeder Würfel hat die gleiche Form und Größe. Hiermit wird auf die Gleichheit und Einheit der Länder Europas und auf die Bindungen der einzelnen Staaten zueinander hingewiesen. Jeder einzelne Würfel und jeder Staat muss stabil genug sein, das Bauwerk Europa zu tragen.



„Dieses Europakreuz ist ein Symbol des Friedens, der Versöhnung und der Toleranz über Religions- und Völkergrenzen hinweg. Es gehört keiner bestimmten Gruppe, sondern soll uns an den wahren Grund der europäischen Friedensordnung erinnern“, so Othmar Karas bei der Übergabe des Europakreuzes. Eingeweiht wurde das Kreuz durch Bischof Theodorus Hoogenboom von der Vertretung der Bischofskonferenzen aller EU-Länder bei der EU (COMECE). Fotos: Dr. Kremaier, Mag. Spöcker

Für die Schülerinnen und Schüler der HTL Wels, die den Festakt mitgestalteten, der Besuch im EU-Parlament ein Höhepunkt ihres Brüssel-Besuches, der auch einen Besuch bei der NATO und des Atomiums in Brüssel vorsah. Foto: Dr. Kremaier



## **Hohe europäische Auszeichnung: Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer erhielt den Mérite Européen in GOLD**

Dieser hohe europäische Orden wird unter der Patronanz des Großherzogtums Luxemburg von der Foundation du Mérite Européen unter dem dzt. Stiftungspräsidenten Monsieur Jaques Santer jenen Persönlichkeiten verliehen, die zur europäischen Bewusstseinsbildung - durch ihr außergewöhnliches Engagement in Wort, Schrift und Tat beitragen.

Von 1974 bis 1983 vertiefte Dr. Pühringer als Landesobmann der JVP den Europakurs dieser Organisation. Es gab jedes Jahr im Sommer das Euromeeting Mondsee. Hier trafen sich Jugendliche aus Deutschland, Italien und Österreich und arbeiteten unter dem Gastgeber Dr. Pühringer in Diskussionen und Resolutionen am Friedensprojekt EUROPA.

Nachdem Österreich mit 1.1.1995 EU – Mitglied wurde, vertrat LH Dr. Pühringer im Ausschuss der Regionen das Friedensprojekt „Europa“ für uns.

Dr. Pühringer unterstützte viele Jahre die Europabewegungen in OÖ in Wort, Schrift und Tat, bei ihrer europäischen Bildungs- und Informationsarbeit.

In der Nacht vom 30. April zum 1. Mai 2004 wurden

mit Dr. Pühringer an der Spitze unsere tschechischen Nachbarn mit einem Fest in Guglwald in der EU willkommen geheißen. Er hisste mit Kreishauptmann Jan Zahradník die EU-Flagge im Beisein von Staatssekretär Mag. Helmut Kukacka, den Landesräten Viktor Sigl und Rudi Anschober, den Abg. zum EP Dr. Maria Berger und Dr. Paul Rübig sowie WKO Präsident Dr. Christoph Leitl.

Wir Europäer gratuliert Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer zu dieser hohen europäischen Auszeichnung.



Am 20. Oktober überreichten im Steinernen Saal des Linzer Landhauses der em. Bischof Maximilian Aichern und Landeshauptmann a.D. Dr. Josef Ratzenböck (beide ebenfalls Träger des Mérite Européen in Gold) an Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer den europäischen Orden Mérite Européen in Gold. In der Laudatio würdigte der Vizepräsident der UEF/EFB Österreich Konsulent Dr. Franz Kremser die Leistungen von Pühringer für Europa.

**Oberbank**  
3 Banken Gruppe

**Steuerzahler  
belasten? Nein.**

**Die Wirtschaft  
stärken: Ja.**

DR. FRANZ GASSELSBERGER, MBA  
Generaldirektor Oberbank AG

Oberbank. Nicht wie jede Bank.

Benzte Anzeige

## 25 Jahre Fall der Berliner Mauer und des Eisernen Vorhangs im November 1989

Bei einer Festveranstaltung am 20. Oktober 2014 im Steinernen Saal des Linzer Landhauses gedachten die Österreichisch Deutsche Kulturgesellschaft (ÖDK), das Europahaus Linz und die Europäische Föderalistische Bewegung LV OÖ. an den Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 mit einem Vortrag von Dr. Friedrich Bauer, Botschafter in beiden Staaten Deutschlands.

Botschafter a.D. Dr. Friedrich Bauer schilderte in seinem Vortrag die Ereignisse zum Fall der Berliner Mauer bzw. des Eisernen Vorhangs sehr eindrucksvoll:

Löchrig wurde die Mauer bzw. der Eiserne Vorhang vom 1. Jänner bis 9. November 1989 als 120.000 Menschen die DDR verließen. 60.000 über Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen. Weitere 60.000 Menschen erhielten Ausreisegenehmigungen.

Die seit dem Bau der Berliner Mauer nicht gewährte Reisefreiheit durch das DDR – Regimes führte bei den Bürgern zum Gefühl, dass man eingesperrt ist. Des Weiteren wurde das Bedürfnis der Menschen nach Privatsphäre vom Staat dauernd verletzt, Indoktrination und die Überwachung durch den Staatssicherheitsdienst, der Mangel an dauerhaften Wirtschaftsgütern (Kühlschränke, Autos, Möbel ... etc) und die Anwesenheit der sowjetischen Freunde verschärften das Unbehagen. Die Erteilung von Ausreisegenehmigungen erfolgte als behördlicher Gnadenakt und sehr oft nach dem Ereignis des Ausreisebegehrns, wie z.B. Hochzeit eines engen Verwandten oder Todesfall eines nahen Angehörigen.

Wer gegen die Unterdrückung protestierte, wurde schikaniert, öffentlich angeprangert, von der Partei ausgeschlossen und auf untergeordnete Posten abgeschoben.

Gelegentlich machten sich jedoch die DDR-Bürger mit Witzen Luft z.B.:

(1) Welche dialektische Bedeutung haben Breschnews buschige Augenbrauen? – Es ist Stalins Schnurbart auf höherer Ebene!

(2) In der DDR wurde die Betten-

produktion eingestellt weil:

Die Arbeiter sind auf Rosen gebettet, die Intellektuellen ruhen sich auf ihren Lorbeer aus, die Rentner sind alle im Westen, die Partei wacht, die Staatssicherheit schlafst nie und alle anderen sitzen.

Durch die Erhöhung der sowjetischen Energiepreise begann in der DDR Anfang der 80-ger Jahre eine permanente ökonomische Krise. Es brodelte immer mehr unter der Oberfläche. Vor der Grenzöffnung Ungarns entstanden Bürgerrechtsbewegungen nach dem Vorbild der gewaltlosen Solidarnosc in Polen. Die evangelische Kirche übernahm – ähnlich wie die katholische Kirche in Polen – eine Schutzfunktion für Dissidenten aller Art. (Umweltschützer, Friedensbewegte, Wehrdienstverweigerer, Ausreisewillige, intellektuelle Kritiker und verfolgte gläubige Christen).

Nach der ungarischen Grenzöffnung am 11. Sept. 1989 (rund 50.000 DDR-Bürger fanden über Österreich den Weg in den Westen) begannen in Leipzig in der Nikolai – Kirche die Friedensgebete und Montags-Demonstrationen. Waren es anfänglich einige Tausend Teilnehmer/innen, so waren es am 9. Okt. 1989 schon 70.000 Menschen und zwischen 23. und 30. Okt. 1989 um die 540.000 Menschen, die friedlich demonstrierten mit dem Slogan: „Wir sind das Volk!“ Die Disziplin auf beiden Seiten (Staatsmacht – Demonstranten) gewährleistete einen friedlichen Ablauf.

Alle Geschehnisse sind ohne Blick auf die internationale Lage nicht ganz zu verstehen.

Im Dez. 1987 hebt Gorbatschow die sogen. Breschnjew-Doktrin auf, im Februar erfolgte der Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan, am 4. April finden in Polen freie Wahlen statt, mit einem Überraschungssieg der So-

lidarnosc, am 6. Juni findet das Massaker am Tianmen-Platz in Peking statt.

Die Zeit vom 8. Okt. bis 10. Nov. 1989 war wahrscheinlich die gefährlichste Situation für beide deutsche Staaten. In der DDR herrschte Nervosität und Unsicherheit, der reale Machtverlust der SED wurde fühlbar nach dem Rücktritt von Erich Honecker und im Politbüro herrschte Uneinigkeit zwischen Falken und Tauben. Im Gegensatz zu 1953 würde die Sowjetunion nicht eingreifen, das machte Gorbatschow bei seinem Ostberlinbesuch 1989 mit der Aussage deutlich: „Wer zu spät kommt, den bestraft die Geschichte!“

Am 8. Nov. 1989 erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl bei seiner Rede im Bundestag die Verbesserung der Lebensverhältnisse in der DDR mit mehr Freiheit, Menschenrechten und Demokratie, vorrangiges Ziel sei jedoch die Wiedervereinigung Deutschlands.

Am 9. Nov. 1989 besuchte der damalige Ministerpräsident und spätere Bundespräsident Johannes Rau den neuen Staatsratsvorsitzenden Egon Krenz. Niemand, weder hüben noch drüben hatte vorausgesehen, dass am gleichen Abend die Mauer fallen würde. Dazu gab es auf beiden Seiten auch keinen Plan. Die Umstände des Mauerfalls waren auf eine glückhafte Fehlleistung eines Politbüromitglieds zurückzuführen. Wie Domino steine fielen dann die Mauer bzw. der Eiserne Vorhang.

Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans Dietrich Genscher haben sehr rasch erkannt, dass mit dem Mauerfall ein „window of opportunity“ geöffnet war und formulierten mit einem 10-Punkte Programm den Beginn der Einheit Deutschlands.

Botschafter Dr. Friedrich Bauer war von 1973 bis 1977 der erste österr. Botschafter in der DDR, von 1986 bis 1990 österr. Botschafter in Deutschland (Bonn) und von 1990 bis 1995 österr. Botschafter in Moskau.



# Einweihung des „Europa-Friedenskreuzes“ auf der Letterspitze der Karnischen Alpen

*Direkt an der Grenze zu Italien initiierte das Europahaus Klagenfurt mit Präsident Nikolaus Lanner gemeinsam mit der Gemeinde Lesachtal – Bürgermeister Franz Guggenberger und dem österreichischen Alpenverein ein Europa-Friedenskreuz auf dem Gipfel der 2463m hohen Letterspitze am Talabschluss des Obergailor Tales (ein Seitental des Lesachtals) in Erinnerung an den Ersten Weltkrieg und den in der Region auf beiden Seiten gefallenen Soldaten.*

Bundespräsident Dr. Heinz Fischer stellte in seiner Grußbotschaft fest:

„Ich freue mich über die Gestaltung der neuen Skulptur, des Europa – Friedenskreuzes. Wer das neue, völkerverbindenden Symbol für den Frieden von dieser Höhe aus betrachtet, wird sich eines besonderen Gefühls nicht erwehren können: nämlich das Gefühl einer großen Dankbarkeit, dass wir in Europa keine Kriege mehr führen. Dass inmitten der Abgeschiedenheit einer schönen Berglandschaft keine Pfade des Hasses mehr angelegt werden, um einander dann wechselseitig zu vernichten, wie dies auf so entsetzliche Weise zwischen 1914 und 1918 geschah.“

Heute, 100 Jahre später, können wir mit Fassungslosigkeit und Trauer zurückblicken, aber uns gleichzeitig darüber freuen, dass Europa aus den schrecklichen Erfahrungen zweier Weltkriege gelernt hat. Die Europäische Integration wurde zu einem großen, anerkannten Friedensprojekt, und wir können stolz darauf sein. Dennoch müssen wir schon heute dafür Sorge tragen, dass dies auch in Zukunft so bleibt.

Ich kann mich daher ganz den Worten von Franz Guggenberger, dem Bürgermeister der Gemeinde Lesachtal, anschließen, mit denen er zur Gedenkfeier eingeladen hat: ‚Die Friedenserziehung, die Friedensausbildung und die Friedensplanung müssen uns ein hochwertiges Anliegen sein‘. Friedenerziehung muss in der Tat heute etwas Umfassendes sein, und es auch bleiben. Krieg reinigt nicht, wie das zu Kriegsbeginn 1914 noch viele, darunter auch Künstler und Intellektuelle - verbündet gemeint haben. Sie hätten es besser wissen müssen. Krieg zerstört alles, Krieg löst keine Probleme. Wir müssen dies gerade dieser Tage und Wochen durch Nachrichten und Berichte über Hass und gegenseitige Vernichtung in vielen Teilen der Welt zur Kenntnis nehmen“.

Der Präsident des Europahauses Klagenfurt Nikolaus Lanner führte dann aus: „Dank gebührt all jenen, die das Zustandekommen des Europa-Friedenskreuzes finanziell und manuell überhaupt ermöglicht haben. Namentlich sei Bürgermeister Franz Guggenberger erwähnt, der diesem Vorhaben von Anfang an sehr positiv gegenüberstand und auch tatkräftig unterstützt hat. Dank für die finanzielle Unterstützung gebührt dem Land Kärnten, heute vertreten durch Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Gaby Schaunig und Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Christian Benger. Den vielen privaten Spendern möchte ich unseren besonderen Dank aussprechen.“

Dank auch dem Tourismusverband Liesing mit dem Geschäftsführer Christian Unterguggenberger, sowie meinem

Geschäftsführer im Europahaus Klagenfurt, Manfred Wallner. Gebührender Dank gilt auch meinem Freund und Historiker, Herrn Univ.-Prof. Dr. Stefan Karner, der mir damals von Sibirien aus telefonisch die Zusage für sein Kommen mitgeteilt hat, sowie dem früheren Militäركommandanten von Kärnten, Herrn Brigadier Mag. Gunther Spath. [...]

Möge das neue Gipfelkreuz auf der Letterspitze ein Symbol des Friedens und der Versöhnung in Europa sein. Mit dem nochmaligen Dank an Sie alle, beschließe ich meine Dankesadresse als überzeugter Europäer und Humanist mit den lateinischen Worten: „Introite in societatem nostra nam hic Europa est“. (sinngemäß übersetzt: „Kommt herein in unsere Gesellschaft, denn hier ist Europa!“)

Foto: Europa-Gipfelkreuz Letterspitze



## Ehrungen beim Europaforum Neumarkt 2014: Mérite Européen



Das Europa-Forum Neumarkt gab Anlass, im Rahmen einer Feier am Samstag den 12. Juli an verdiente Persönlichkeiten den Mérite Européen zu überreichen.

Den Mérite Européen in Gold erhielt der Landtagspräsident und Landesobmann der EFB Steiermark Franz Majcen (6.v.li.).

Der stv. Landesobmann der EFB OÖ KR Dr. Gerhard Stürmer (5.v.li.) und der stv. Landesobmann des Europäischen Erzieherbundes HR Mag. Rubert Dirnberger (7.v.li.) erhielten den „Mérite Européen in Silber“.

Von der Stabsabteilung EU – Koordination der WKO - Mag. Iris Marlovits (8.v.li.), Dr. Hannes Maier (2.v.li.) vom Amt der Kärntner Landesregierung./Abt. 1 und der Leiter des EU-Büros der WKO in Brüssel Mag. Markus Stock (1.v.li.) erhielten den „Mérite Européen in Bronze“ aus den Händen von Frau Ingeborg Smith (4.v.li.), Mitglied des Verwaltungsrates der Fondation du Merité Européen Luxemburg.

Die Laudationes hielten Wirtschaftskammerpräsident Dr. Christoph Leitl. (3.v.li.) und der Europalandesrat der Steiermark Dr. Christian Buchmann (9.v.li.).

Wir gratulieren allen dazu recht herzlich.

### IMPRESSUM

#### OFFENLEGUNG

Grundlegende Richtung von „Wir Europäer“ ist die Förderung aller Bestrebungen zur friedlichen Integration Europas.

#### MEDIENINHABER

Europäische Föderalistische Bewegung und  
Bund Europäischer Jugend OÖ., Europahaus Linz , ZVR 539831365

#### HERAUSGEBER

Vorstand der EFB OÖ.

#### VERLAGSLEITER

Dr. Franz Seibert

#### REDAKTION

Dr. Franz Kremaier, Josef Bauernberger,  
alle 4010 Linz, Postfach 384.

#### DRUCK

Trauner Druck GmbH & Co. KG, Linz

#### MAIL

europahaus.linz@gmail.com

#### Homepage

<http://www.dieeuropahaeuser.at>

Erscheinungsort Linz  
DVR: 064 86 55  
Sponsoring Post  
Verlagspostamt 4020 Linz  
GZ02Z033982S

Ein Europa - Gemeinschaftspreis des Landes Kärnten, der Wirtschaftskammer Kärnten und des Forum Velden.

Der EUROPÆUS Award würdigt außergewöhnliche Leistungen von Persönlichkeiten und Institutionen, die große Mühen und Anstrengungen für ein gemeinsames Europa unternommen haben bzw. welche wichtige Brückenbauer im europäischen Einigungsprozess sind und waren. Erster Preisträger des Awards war 2009 der ehemalige Außenminister und Vizekanzler Dr. Alois Mock.

Der EUROPÆUS Award 2014 wurde im Rahmen des CEE-Wirtschaftsforums Velden am 25. September 2014 im Casino Velden (Kategorie Europapolitik – „History in the making“) an das Europahaus Klagenfurt für 50 Jahre Bildungsarbeit für Europa verliehen.

Den Preis nahm der Präsident des Europahauses Klagenfurt Nikolaus Lanner entgegen.



Verleihung 2014 (von links): Mag. Walter Prutej (Initiator), Hans Gasser, Landesrat DI Christian Bender (Land Kärnten), KR Franz Pacher, Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser (-hielt die Laudatio für das EH-Klagenfurt-), Nikolaus Lanner, Präsident Jürgen Mandl (WKK) und MMag. Meinrad Höfferer (WKK)  
Foto: Dr. Kremaier